



Politik

Australien und Deutschland betonen Bedeutung von Frieden in der Taiwanstraße



Taiwans Außenminister Lin Chia-lung (林佳龍) hat die gemeinsame Erklärung der australischen Außenministerin Penny Wong und des deutschen Außenministers Johann Wadephul begrüßt, die nach einem Treffen in der australischen Hauptstadt Canberra am 5. Februar veröffentlicht wurde:

"Wir unterstreichen, wie wichtig Frieden und Stabilität in der gesamten Taiwanstraße sind, und bekräftigen unsere einmütige Ablehnung einseitiger Versuche, den Status quo zu ändern. Wir rufen zu einer friedlichen Lösung der diesbezüglichen Fragen durch Dialog und ohne Zwang oder Gewaltanwendung auf. Wir unterstützen Taiwans wirksame Beteiligung in internationalen Organisationen als Mitglied, wenn Eigenstaatlichkeit keine Voraussetzung ist, und als Beobachter oder Gast, wenn Eigenstaatlichkeit Voraussetzung ist."

Minister Lin Chia-lung begrüßte ausdrücklich, dass dieser Konsens und Standpunkt nach 2023 erneut bekräftigt wurde.

In einer Pressemitteilung des Außenministeriums heißt es, Australien und Deutschland seien gleichgesinnte Partner Taiwans und teilten universelle Werte wie Demokratie, Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Die Wahrung von Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße und der indopazifischen Region sei bereits globaler Konsens. Taiwan werde als unverzichtbares Mitglied der internationalen Gemeinschaft weiterhin die regelbasierte internationale Ordnung verteidigen und Frieden, Sicherheit und Wohlstand in der indopazifischen Region stärken.

Penny Wong und Johannes Wadephul bringen in ihrer gemeinsamen Erklärung zudem ihre Besorgnis über die zunehmenden Spannungen im Südchinesischen Meer und das riskante Verhalten auf See und in der Luft zum Ausdruck: "Wir bekräftigen, dass Streitigkeiten friedlich im Einklang mit dem Völkerrecht beigelegt werden sollen, und betonen erneut, dass der Schiedsspruch von 2016 in Bezug auf das Südchinesische Meer endgültig und für beide Parteien bindend ist".

Präsident wirbt für Verteidigungs-Sondergesetz – schnelle Verabschiedung gefordert



Präsident Lai Ching-te (賴清德) hat am 11.2.2026 gemeinsam mit den Befehlshabern der drei Streitkräfte eine Pressekonferenz zum "Sondergesetz zur Verteidigung des demokratischen Taiwans" abgehalten. Wegen der wachsenden militärischen Bedrohung aus China brauche die Armee rasch moderne, präzise Waffen.

Ein weiteres Hinauszögern im Parlament könne Taiwan aus Vorranglisten für Rüstungslieferungen drängen, die Übergabe wichtiger Systeme verzögern und Zweifel an Taiwans Selbstverteidigungswillen wecken.

Er rief Regierung und Opposition auf, das Gesetz nach der Neujahrspause zügig zu beraten und zu beschließen.

Lai verwies darauf, dass er bereits am 26. November vergangenen Jahres ein achtjähriges Sonderbudget von 1,25 Billionen NT-Dollar vorgestellt habe, um asymmetrische Fähigkeiten und eine gestaffelte Verteidigung schneller aufzubauen; der Entwurf stecke jedoch weiter im Parlament fest. Angesichts steigender Verteidigungsausgaben in Japan, Südkorea und den Philippinen dürfe Taiwan keine Ausnahme sein. Da die Produktionskapazitäten der wichtigsten Rüstungslieferanten wie der USA ausgelastet seien, würden Verzögerungen direkte Folgen für Liefertermine haben.

Verteidigungsminister Wellington Koo (顧立雄) betonte, Taiwan dürfe bei der gemeinsamen Abschreckung in der Ersten Inselkette nicht zum Schwachpunkt werden; ohne Sondergesetz drohten mit den USA vereinbarte Kernprojekte zu scheitern. Generalstabschef Mei Chia-shu (梅家樹) und Koo nannten geplante Beschaffungen wie die im Land entwickelte "Chiang-Gong"-Rakete (強弓飛彈) sowie weitere Systeme aus dem In- und Ausland. Zu US-Käufen lägen bereits Preisangebote vor; anhaltende Verzögerungen könnten ganze Vorhaben kippen. Eine pauschale Lohnerhöhung für die Truppe lehnten beide ab, da sie Probleme nicht löse.

Honduras prüft Wiederaufnahme der Taiwan-Beziehungen

Honduras' Vizepräsidentin María Antonieta Mejía erklärte laut der honduranischen Zeitung "[La Tribuna](#)" am Mittwoch, die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan sei ein schrittweiser Prozess.

Ein Expertenteam prüfe derzeit die unter Ex-Präsidentin Xiomara Castro mit China geschlossenen Abkommen, um Präsident Nasry Asfura eine Entscheidungsgrundlage zu liefern. Ziel sei es, wirtschaftliche Auswirkungen zu bewerten und eine fundierte Empfehlung zu geben.

Hintergrund ist der Kurswechsel von 2023, als Honduras unter Castro die Beziehungen zu Taiwan abbrach und China anerkannte.

Präsident Asfura hatte im Wahlkampf die Rückkehr zu Taiwan zugesagt und von deutlich besseren Bedingungen in der früheren Partnerschaft gesprochen.

Zugleich habe die neue Regierung bereits die Beziehungen zu den USA, Israel und der EU verbessert, betonte sie, und strebe insgesamt die für Honduras vorteilhafteste außenpolitische Lösung an.

Wirtschaft

NVIDIA baut erstes Auslands-Hauptquartier in Taipei

Die Stadt Taipei und NVIDIA haben diese Woche den Vertrag für den Bau des ersten Auslands-Hauptsitzes des US-Konzerns im Beitou-Shilin Science and Technology Park (北投士林科技園區) unterzeichnet. Laut Taipeis Bürgermeister Chiang Wan-an (蔣萬安) ist der Baustart für Juni oder Juli angesetzt.

Geplant sind Investitionen von über 40 Milliarden NT-Dollar; von Bau bis Betrieb sollen mehr als 10.000 Arbeitsplätze entstehen.

Chiang erklärte, NVIDIA habe zunächst andere Standorte in Asien geprüft, sich dann aber für Taipei entschieden und die "Taiwan NVIDIA Jingdian Co., Ltd." (台灣輝達經典有限公司) als Vertragspartner gegründet. Das Kapital sei von 800 Millionen auf 1 Milliarde NT-Dollar erhöht und jüngst um weitere 3,3 Milliarden aufgestockt worden.

Er betonte, Taipei solle für NVIDIA zum "Zuhause" werden und sich als Herz der künftigen KI-Entwicklung positionieren.